

Presse – Ausschnitt Weißenburger Tagblatt vom 09.03.2024



Foto: Robert Renner

Der Ausbau der Staatsstraße 2228 zwischen B13 und Oberhochstatt bleibt vor allem im Bereich des Bärenlochs umstritten.

Stadt verkauft die Grundstücke

BÄRENLOCH Für den viel diskutierten Umbau der Staatsstraße 2228 kann der Freistaat Bayern nun Flächen erwerben.

WEISSENBURG - Für den Verkauf von rund 100 Quadratmetern hatte es im Dezember 2022 schon einen Senatsbeschluss gegeben. Diese Flächen werden für den Ausbau der Abzweigung zur Wülzburg, für den der Freistaat Bayern die Kosten trägt, gebraucht. Vor allem soll die zur Festung führende Straße verlegt und im 90-Grad-Winkel auf die Staatsstraße geführt werden. Den Plänen zufolge lägen sich dann die Abfahrt zur Wülzburg und die Einmündung zum Wanderparkplatz Eichelberg respektive der Zufahrt zum Schotter- und Steinwerk exakt gegenüber.

„Für die Durchführung der Gesamtmaßnahme beziehungsweise für den Ausbau des sogenannten Bärenlochs auf der Staatsstraße 2228 werden weitere Teilflächen von circa 840 Quadratmetern aus den angrenzenden städtischen Grundstücken benötigt“, heißt es in den aktuellen Hauptaus-

schlussunterlagen. Es handelt sich um drei Grundstücke der Gemarkung Weißenburg und eines der Gemarkung Oberhochstatt. „Zusätzlich wird während der Baumaßnahme ein Arbeitsbereich mit einer Fläche von circa 2560 Quadratmetern benötigt“, erläutern die Sitzungspapiere weiter.

Der Bärenlochausbau schlug in den vergangenen beiden Jahren hohe Wellen. Das Staatliche Bauamt Ansbach hatte Pläne vorgelegt, wonach nicht nur die marode Staatsstraße 2228 zwischen der Einmündung an der Bundesstraße 13 am früheren Sigwartskeller und Oberhochstatt erneuert werde, sondern auch die Fahrbahn im Bärenloch um rund 1,8 Meter angehoben werden und die sogenannte Fürstenwaldkurve umgebaut werden soll. Kosten: 2,2 Millionen Euro.

Vor allem gegen den Ausbau des Bärenlochs und der Fürstenwaldkur-

ve regte sich heftiger Protest. Im Bayerischen Landtag wurde eine Petition eingereicht, die allerdings erfolglos blieb und einstimmig abgeschmettert wurde. So können die Pläne des Staatlichen Bauamts nun umgesetzt werden, was nochmals zu einer Diskussion im Hauptausschuss führte.

Denn die SPD hatte im April 2022 eine Resolution gegen den Ausbau des Bärenlochs eingebracht, die in der Stadtratssitzung im Juni 2022 zurückgestellt wurde und seither auf eine Entscheidung wartete. Fraktionsvorsitzender Andre Bengel zog den Resolutionsantrag nun zurück, weil er nach der abgelehnten Petition keinen Sinn mehr ergebe. Er selbst hält die Kreuzung am Bärenloch für „schwierig“, weshalb er gegen deren Ausbau keine Einwände hat, die übrigen Maßnahmen hält der Sozialdemokrat für „fragwürdig“, auch mit Blick auf den Kosten-Nutzen-Vergleich.

Victor Rother machte deutlich, dass die Vorstellung der Pläne des Staatlichen Bauamts im vergangenen Jahr ihn nicht überzeugt hatte. „Ich verorte mich an der Seite der Bürger der Petition“, sagte der Parteilose. Ähnlich äußerte sich Kathrin Schramm von den Grünen. Und Manuela Mühlöder (Freie Wähler) hält den gesamten Ausbau für „ökologisch und ökonomisch nicht verhältnismäßig“.

Ihr Fraktionskollege Wolfgang Hauber hingegen erachtet „die Maßnahme für sinnvoll“. Und Karl Roth von der CSU sieht gar „eine breite Mehrheit, die das befürwortet“. Oberbürgermeister Jürgen Schröppel zeigte sich ebenfalls als Befürworter des Ausbaus. Der vorberatende Hauptausschuss votiert, mit zehn zu fünf Stimmen, für den Grundstücksverkauf. Die endgültige Entscheidung fällt in der Stadtratssitzung am 21. März. rr